



Informationen aus Land und Kreis

13,2 Mio. Euro für Wohnraumförderung im Kreis

1,278 Milliarden Euro für die öffentliche Wohnraumförderung in 2019: So viel Geld stand in Nordrhein-Westfalen in einem einzelnen Jahr noch nie für die Schaffung und Erhaltung von preisgebundenem Wohnraum zur Verfügung.



„Die NRW-Koalition gibt damit ein klares Bekenntnis für den öffentlichen Wohnungsbau ab: Neubau von Mietwohnraum, dringende Modernisierung von

Wohnraum alter Bestände, Schaffen von studentischem Wohnraum, Investitionen in Barrierefreiheit und energetische Gebäudesanierung und Eigentumsförderung“, so Marcus Optendrenk und Britta Oellers.

Der Kreis Viersen verfügt somit in diesem Jahr über ein Globalbudget für die öffentliche Wohnraumförderung in Höhe von 13.245.000 Euro. Es unterteilt sich in 10,4 Millionen Euro für Mietwohnungsbau, 1,3 Millionen Euro für Eigentumsförderung und 1,545 Millionen Euro für Modernisierungsförderung.

Optendrenk und Oellers: „Dieses Engagement des Landes trägt dazu bei, für Menschen Wohnraum zu schaffen oder zu modernisieren. Wohnen ist ein zentraler Baustein für die Lebensqualität. Und noch viel mehr: Wohnen ist gebaute Heimat, das gilt auch und gerade für uns im Kreis Viersen.“

Themen dieser Ausgabe:

Land erhöht Zuschüsse für kommunalen Straßenbau	2
Mehr Menschen in NRW in Gesundheitsberufen tätig	2
Optendrenk trifft neuen Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft	3
Denkmalpflege erhält unser kulturelles Gedächtnis	3
Ausbau von Rad- und Fußwegen im Kreis Viersen	3
Berger: Experten begrüßen die Wiederherstellung der Hochschulfreiheit	4
Beratung über grenzüberschreitende Zusammenarbeit	4
Mittel für überbetriebliche Bildungsstätten verdoppelt	5
Optendrenk und Berger: Mehr Geld für den Landesstraßenerhalt im Kreis	5
Digital noch besser vernetzt: Die Ehrenamts-App	6
Aufruf des Landtags zur Europawahl	6

Flächendeckende Erhebung zum Unterrichtsausfall

Nach den ersten Ergebnissen der zu Beginn des Schuljahres neu eingeführten flächendeckenden Erhebung des Unterrichtsausfalls beträgt der landesweite Unterrichtsausfall im

ersten Schulhalbjahr 2018/19 über alle Schulformen hinweg 4,8 Prozent. Darin enthalten sind sowohl ersatzlos ausgefallene Unterrichtsstunden (3,3 Prozent) als auch das Eigenver-

antwortliche Arbeiten (1,5 Prozent).

Anders als bei der Vorgängerregierung wird nicht auf Stichproben zurückgegriffen, sondern der tatsächliche

che Unterrichtsausfall ermittelt. Dafür müssen möglichst alle Schulen ganzjährig in den Blick genommen werden. So werden künftig flächendeckend Daten über das gesamte Schuljahr hinweg zeitgleich an allen Schulen ermittelt.

Ein Großteil des Unterrichtsausfalls resultiert aus der angespannten Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt, dem lange Zeit nur

halbherzig entgegengesteuert wurde. Rot-Grün hatte die Negativentwicklung jahrelang ignoriert und keine ernsthaften Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrkräfteversorgung getroffen. Die NRW-Koalition hat seit Regierungsübernahme bereits zwei Maßnahmenpakete für eine Verbesserung der Personalsituation geschnürt und arbeitet an weiteren Wegen und Lösungen für die Schulen.

Land erhöht Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau

Das Land erhöht die seit 2012 unveränderten Fördersätze für den kommunalen Straßenbau. Der Mindestfördersatz wird von 60 Prozent auf 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten gesteigert. Die Kreise, Städte und Gemeinden, die als strukturschwach gelten und daher in der Gebietskulisse des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms (RWP) liegen, erhalten einen erhöhten Fördersatz von 75 Prozent. Für alle Kommunen steigt die Förderung des kommunalen Anteils bei der Beseitigung und Sicherung von Bahnübergängen auf 80 Prozent (bislang 70 bzw. 75 Prozent).

Auch bei klammen kommunalen Kassen können die Städte und Gemeinden so konsequent an der Verbesserung ihrer Verkehrsinfrastruktur arbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Sanierung kommunaler Straßen, auch der komplette Neubau von Straßen profitiert von der Erhöhung der Fördersätze.

Im laufenden Jahr werden die Fördermaßnahmen im Wesentlichen noch aus den Bundeszuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz finanziert. Ab 2020 übernimmt das Land die Finanzierung vollständig aus eigenen Haushaltsmitteln.

Förderschwerpunkte sind der Aus- und Umbau verkehrswichtiger Straßen, Erhaltungsmaßnahmen einschließlich Brückensanierungen sowie die Beseitigung und



Foto: © Marco2811 - Fotolia

sicherheitstechnische Nachrüstung von Bahnübergängen. Aber auch der klassische Straßenneubau in Gestalt von Ortsumgehungen und Entlastungsstraßen ist förderfähig.

Bei der Beseitigung oder Sicherung von Bahnübergängen muss die Kommune als beteiligte Straßenbaulastträgerin gesetzlich ein Drittel der Kosten übernehmen. Hier entlastet das Land die Kommunen künftig mit einem einheitlichen Satz von 80 Prozent.

Mehr Menschen in NRW in Gesundheitsberufen tätig



Foto: © Robert Kneschke - Fotolia

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg in NRW die Beschäftigtenzahl im Gesundheitswesen im

Jahr 2017 auf 1,17 Millionen. Das waren 1,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

493.500 Menschen arbeiteten demnach im ambulanten Bereich, davon fast die Hälfte in Arztpraxen. In stationären oder teilstationären Einrichtungen waren es 441.100 Beschäftigte, davon mit 263.200 mehr als die Hälfte in Krankenhäusern. 161.300 Menschen sind in der stationären oder teilstationären Pflege beschäftigt.

Bundesweit hatte das Gesundheitswesen 5,6 Millionen Beschäftigte. Der durchschnittliche Zuwachs im Jahr 2017 betrug bei den Bundesländern 1,7 Prozent.

Optendrenk trifft neuen Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft

Marcus Optendrenk hat den neuen Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Niederrhein Marc Peters in Krefeld besucht. Dieser ist mit seinen 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zuständig für die Betreuung und Begleitung der Handwerkerinnen im Kreis Viersen, in Krefeld und im Rhein-Kreis Neuss.

Die beiden sprachen über Themen wie die Unternehmensnachfolge im Handwerk und die Steigerung der Attraktivität von Ausbildung und Meisterqualifikation. Hauptgeschäftsführer Peters erläuterte



die Bemühungen, jungen Menschen die ganze Breite der Möglichkeiten im Handwerk aufzuzeigen. „Es gibt eben nicht nur die Top Ten der Berufe. Es gibt vor allem viele neue Berufsbilder bis hin zum IT-Techniker, die spannende Zukunftschancen bieten“, so Peters.

Für Marcus Optendrenk ebenfalls wichtig ist es, die Attraktivität der Meisterausbildung zu steigern. In den nächsten Jahren werden viele Betriebe eine Nachfolge brauchen: „Dazu sollte auch über zusätzliche Anreize nachgedacht werden, die Meisterausbildung weiter auszubauen.“

Denkmalpflege erhält unser kulturelles Gedächtnis



Foto: © twystydigi - Fotolia

Baudenkmäler sind ein Teil unseres kulturellen Gedächtnisses und prägen unser Stadtbild. Daher ist es erfreulich, dass Kommunen im Kreis Viersen 43.500 Euro - und damit

20.000 Euro mehr als 2018 - erhalten, um so ihre identitätsstiftenden Baudenkmäler zu pflegen. Brüggen, Kempen, Nettetal und Viersen erhalten jeweils 10.000 Euro, Willich bekommt 3.500 Euro.

Durch die Erhöhung der Fördermittel soll auch das große Engagement von Privaten unterstützt werden. Denn 80 Prozent der Baudenkmäler in unserem Land werden von Privatleuten in Stand gehalten. Ihnen gebührt Dank und Respekt für ihr Engagement.

Ausbau von Rad- und Fußwegen im Kreis Viersen

Das Verkehrsministerium hat den ersten Teil des „Förderprogramms Nahmobilität 2019“ veröffentlicht. Mit dieser Förderung werden Kreise, Städte und Gemeinden vom Land darin unterstützt, das Radfahren und zu Fuß gehen attraktiver zu machen. Neben Fuß- und Radwegen können mit den Mitteln aber auch Fahrradabstellanlagen und digitale Angebote für die Nahmobilität gefördert werden.

„Nahmobilität – also die Bewegung an der frischen Luft auf dem Fahrrad oder zu Fuß – ist gut für die Gesundheit und liefert einen aktiven Beitrag zum Klima-

schutz. Die NRW-Koalition will ein attraktives Verkehrsnetz anbieten, aus dem

die Menschen ihren persönlichen Mobilitätsmix wählen können. Es ist sehr erfreulich, dass auch der Kreis Viersen gefördert wird“, so Marcus Optendrenk.



Konkret werden im Kreis eine Querungshilfe in Niederkrüchten mit 37.500 Euro, eine Querungshilfe in Mackenstein mit

31.500 Euro und die Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität mit 18.700 Euro unterstützt.

Berger: Experten begrüßen die Wiederherstellung der Hochschulfreiheit



Mit dem Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes will die NRW-Koalition die Hochschulen von unnötiger Bevormundung und Steuerung durch das Land befreien und damit die Hochschulfreiheit wiederherstellen. Der Gesetzentwurf soll zum

Wintersemester 2019/20 in Kraft treten. In einer Anhörung im Wissenschaftsausschuss des Landtags erklärten die Sachverständigen, dass die Landesregierung mit ihrem Gesetzentwurf das Verhältnis von Land und Hochschulen wieder in Einklang bringt.

Stefan Berger: „Die NRW-Koalition hat Vertrauen in die Hochschulen des Landes. Das wird in dem vorgelegten Gesetzentwurf deutlich: Durch den Wegfall der Rahmenvorgaben und die Rückkehr zu strategischen Zielen anstelle eines Landesentwicklungsplans werden den Hochschulen Freiräume eröffnet, durch die sie ihre eigene Gestaltungskraft voll entfalten können.“

Beratung über grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Nachhaltigkeit, die Auswirkungen der neuen EU-Düngeverordnung und die Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und der belgischen Provinz Flandern waren Themen bei einem Gespräch, das Marcus Optendrenk als Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Benelux mit den Umweltministern Koen van den Heuvel und Ursula Heinen-Esser sowie dem Kollegen Rüdiger Weiss im Landtag NRW geführt hat.

Im Rahmen der NRW-Flandernwoche ging es nicht nur um eine bessere Zusammenarbeit auf allen Feldern von Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch um die Frage, wie illegale Gülletransporte auch mit Hilfe der Regierung Flanderns verhindert werden können. „Insbesondere die bisher hohe Zahl illegaler Gülletransporte aus den Niederlanden, die zum Teil auch über Belgien führen, sorgt am Niederrhein für erhebliche Probleme bei der Einhaltung der Grenzwerte von Nitrat im Grundwasser.

Im Herbst wird unsere Parlamentariergruppe voraussichtlich einen Gegenbesuch in Brüssel machen, am Sitz der Regierung von Flandern“, so Marcus Optendrenk.



Foto: Rüdiger Weiss (stv. Vorsitzender Parlamentariergruppe NRW-Benelux), NRW-Umweltministerin Ulla Heinen-Esser, Flanderns Umweltminister Koen van den Heuvel, Marcus Optendrenk (Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Benelux) © Bernd Schälte

Mittel für überbetriebliche Bildungsstätten werden verdoppelt

Die Landesmittel für die Ausstattung und die Modernisierung der Überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) von Handwerk und Industrie werden im Jahr 2019 auf acht Millionen Euro verdoppelt. Das zeigt: Die Landesregierung unterstützt mit vollen Kräften das Ziel, die Berufsbildungsinfrastruktur in Handwerk und Industrie zukunftsfähig auszurichten.

Bund und Land sowie die Träger der ÜBS finanzieren die bauliche und technische Modernisierung der Berufsbildungszentren gemeinsam. Dabei beteiligt sich das Land mit 20 Prozent an den Kosten, der Bund übernimmt weitere 45 bis 60 Prozent. So werden aus jedem Euro Landesgeld 5 Euro Investitionsgeld. Das bedeutet, dass in diesem Jahr rund 40 Millionen Euro in die Modernisierung der Überbetrieblichen Bildungsstätten fließen.

Jährlich unterrichten die 111 Bildungszentren des Handwerks und die 20 Zentren



Foto: © seventyfour - Fotolia

der Industrie rund 82.000 betriebliche Auszubildende in Nordrhein-Westfalen. Diese Überbetrieblichen Bildungsstätten sichern die hohe Qualität der beruflichen Ausbildung in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere kleine und Kleinstbetriebe können ihren Auszubildenden in den ÜBS alle erforderlichen Ausbildungsinhalte vermitteln lassen, die sie selbst zum Beispiel aufgrund betrieblicher Spezialisierungen nicht angemessen vermitteln können.

Optendrenk und Berger: Mehr Geld für den Landesstraßenerhalt im Kreis Viersen

Im Haushalt 2019 sind für den Erhalt der Landesstraßen 175 Millionen Euro vorgesehen - 47,5 Millionen Euro mehr als im letzten Haushalt unter Rot-Grün. Allein für den Kreis Viersen stehen 2,6 Millionen Euro für die Fahrbahnsanierung sowie 200.000 Euro für die Sanierung der Radwege zur Verfügung. Für 2019 sind folgende konkrete Maßnahmen geplant:

- Fahrbahnsanierung auf der L372 zwischen Niederkrüchten und Schwalmtal (6 km)

- Decken- und Radwegesanierung auf der L116 zwischen Viersen und Mönchengladbach bei der Autobahnabfahrt Mönchengladbach Nord/Viersen (2,5 km)
- Radwegesanierung auf der L37/L373 bei Brüggen (0,525 km)

Damit werden weiter die Versäumnisse von Rot-Grün aufgearbeitet. Der Substanzverzehr wird gestoppt und verstärkt in die dauerhafte Verbesserung des Landesstraßennetzes investiert. Nicht nur die Autofahrerinnen und Autofahrer im Kreis Viersen profitieren, denn es werden auch die Geh- und Radwege an Landstraßen saniert sowie Ampelschaltungen digitalisiert.

„Wir halten damit unser Versprechen und stärken die Verkehrsinfrastruktur, damit Nordrhein-Westfalen wieder in Bewegung kommt“, so Optendrenk und Berger.



Digital noch besser vernetzt: Die Ehrenamts-App

In einem Antrag haben CDU und FDP eine neue Ehrenamts-App vorgeschlagen. Damit soll die erfolgreiche Vernetzung, die analog schon stattfindet, auch in die digitale Welt übertragen und das bestehende Online-Angebot erweitert werden. Mit ei-



Foto: © chinnarach - Fotolia

ner Ehrenamts-App kann gerade die jüngere Generation erreicht werden. Gleichzeitig wird es allen, die digital unterwegs sind, leichter, sich einzubringen, neue Akteure für die ehrenamtliche Arbeit können gewonnen und auch punktuell Engagement unterstützt werden.

Die ehrenamtliche Arbeit, die rund sechs Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen tagtäglich in ihrer Freizeit leisten, ist eine der wichtigsten Stützen unseres gesellschaftlichen Lebens. Mit der neuen App wird die Ehrenamtsstrategie der Landesregierung gestärkt.

Aufruf des Landtags zur Europawahl

Der Landtag ruft alle wahlberechtigten Mitbürgerinnen und Mitbürger Nordrhein-Westfalens auf, bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ihre Stimme für eine demokratische Partei abzugeben. Denn bei der anstehenden Europawahl müssen wir uns den Populisten entgegenstellen. Sie spalten und grenzen gezielt aus, indem sie rassistische und menschenverachtende Positionen vertreten. Sie versuchen, die Europäische Union zur Projektionsfläche für die Ursache fast aller Probleme zu machen. Für diese Europafeinde ist die Abschaffung des Europäischen Parlaments oder sogar der gesamten EU erklärtes Ziel.

Wir verdanken dem gemeinsamen europäischen Projekt die längste Friedensperiode in unserer Geschichte. Nie zuvor hat der europäische Kontinent eine vergleichbare Phase der Freiheit, des Wohlstands und der Freizügigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger erlebt. Die Europäische Union ist ein Glücksfall, gerade für uns in Deutschland und in NRW. Der Zusammenhalt in Europa ist Voraussetzung, in den großen Herausforderungen der Welt erfolgreich handeln zu können. Die Ge-

meinschaft bietet Schutz und Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Es liegt in der Verantwortung aller demokratischen Europäerinnen und Europäer zu verhindern, dass rassistische, antidemokratische und extrem nationalistische Positionen erneut Einzug in das Europäische Parlament erhalten. Es ist von enormer Bedeutung, dass alle Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen am 26. Mai von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen: für eine starke europäische Gemeinschaft auf der Grundlage von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.



Foto: © Landtag Bildarchiv des Landtags NRW, Bernd Schälte

Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk

CDU Kreisverband Viersen

Goetersstr. 54, 41747 Viersen



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)